



An die

Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Frau Reem Alabali-Radovan  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin

Berlin, den 25. Juni 2025

## **EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – klare Ablehnung der Null-Risiko-Kategorie**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Rainforest Alliance begrüßt ausdrücklich die EUDR als zukunftsweisendes Instrument zum Schutz globaler Wälder, zur Sicherung resilenter Lieferketten und zur Eindämmung der Klima- und Biodiversitätskrisen. Als globale Organisation mit jahrzehntelanger praktischer Erfahrung in der Zertifizierung nachhaltiger Produkte und Lieferketten, der Unterstützung von derzeit knapp 8 Millionen landwirtschaftlichen Produzenten, die über 6 Millionen Hektar Anbaufläche bewirtschaften, sowie der Zusammenarbeit mit aktuell mehr als 7.800 Partnerunternehmen weltweit, haben wir bereits umfassend in die Vorbereitung auf die Umsetzung der EUDR investiert. Stabilität und Klarheit im rechtlichen Rahmen sind entscheidend, damit Unternehmen und landwirtschaftliche Produzenten verlässlich und zukunftssicher in die Umsetzung investieren können.

Mit großer Sorge beobachten wir politische Bestrebungen, eine sogenannte **Null-Risiko-Kategorie** einzuführen. Ein solcher Ansatz würde bestimmten Ländern oder Regionen pauschal ein „Null-Risiko“ bescheinigen und damit betroffene Unternehmen von den Sorgfaltspflichten der EUDR ausnehmen. Wir möchten **Sie daher eindringlich bitten, sich innerhalb der Bundesregierung – insbesondere im Rahmen der laufenden Ressortabstimmungen** – und auf europäischer Ebene gegen die Aufnahme einer solchen Ausnahmebestimmung einzusetzen.

**Die Einführung einer solchen Ausnahmekategorie untergräbt den risikobasierten Regelungsansatz der Verordnung und ist daher aus fachlicher wie politischer Sicht abzulehnen.** Sie würde:

- dem risikobasierten Grundprinzip der EUDR widersprechen und die wissenschaftlich belegte Realität ignorieren, dass Entwaldung kein auf bestimmte Regionen begrenztes Phänomen ist. Auch innerhalb der EU bestehen dokumentierte Risiken – insbesondere im Holzsektor –, die einer pauschalen Risikoausnahme klar entgegenstehen;
- zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen und diplomatischen Spannungen führen, da insbesondere Länder des globalen Südens strukturell benachteiligt würden. Eine solche Ungleichbehandlung ist mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) nur schwer vereinbar und würde bestehende Streitigkeiten weiter verschärfen;
- die Wirksamkeit der EUDR als Ganzes schwächen. Eine pauschale Ausnahme für bestimmte Herkunftsländer würde zentrale Kontroll- und Nachweispflichten aushöhlen, gefährliche Schlupflöcher schaffen und das Vertrauen in resiliente Lieferketten sowie verantwortungsvolle Unternehmenspraktiken untergraben.



Die Ablehnung dieses Ansatzes in der Folgenabschätzung zur EUDR sowie in den Trilogverhandlungen im Dezember 2024 ist ein wichtiges Signal. Dass diese Debatte nun erneut – nicht zuletzt durch Impulse aus Deutschland – angestoßen wird, stellt aus unserer Sicht ein ernstzunehmendes Risiko für die erfolgreiche Umsetzung der Verordnung dar.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, die folgenden Schritte konsequent zu unterstützen:

1. **Klare Ablehnung der Null-Risiko-Kategorie** – zugunsten eines stringenten, risikobasierten Ansatzes,
2. **Vollständige und ambitionierte Umsetzung der EUDR auf europäischer Ebene**, gestützt durch klare Leitlinien,
3. **Stärkung der Kontrollbehörden**, insbesondere durch angemessene personelle und finanzielle Ausstattung der BLE,
4. **Gezielte Unterstützung für Produzenten** in den Herkunftsländern – insbesondere im Globalen Süden – zur Förderung entwaldungsfreier Lieferketten.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, wir sind überzeugt, dass eine kohärente und glaubwürdige Umsetzung der EUDR einen bedeutenden Beitrag zum Klima-, Biodiversitäts- und Waldschutz leisten kann – und zugleich eine faire und zukunftsähnige Partnerschaft mit Produzentenländern im Globalen Süden fördert. Für einen vertiefenden Austausch stehen wir Ihnen und Ihrem Haus jederzeit gerne zur Verfügung – auch im Kontext der europäischen Abstimmungen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Rainforest Alliance

Christian Hohlfeld  
Public Affairs Manager DACH  
Rainforest Alliance



## Über die Rainforest Alliance

Die Rainforest Alliance ist eine internationale gemeinnützige Organisation, die in über 60 Ländern entlang der gesamten landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Wertschöpfungskette tätig ist. Seit über 30 Jahren arbeiten wir mit landwirtschaftlichen Betrieben, Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammen, um resiliente, entwaldungsfreie Lieferketten zu fördern und die Lebensgrundlagen von Millionen Produzenten im globalen Süden zu stärken.

Unser Zertifizierungsprogramm umfasst derzeit mehr als 7,9 Millionen Landwirte und Arbeiter auf über 6 Millionen Hektar zertifizierter Fläche. Weltweit kooperieren wir mit über 7.800 Unternehmen – vom mittelständischen Betrieb bis zu führenden Marken des deutschen Lebensmitteleinzelhandels. Unsere Schwerpunkte liegen auf hochrelevanten Agrarrohstoffen wie Kakao, Kaffee, Tee, Bananen, Haselnüssen und Orangensaft – allesamt sensibel im Kontext von Entwaldung, Klimarisiken und menschenrechtlicher Verantwortung.

Neben der Zertifizierung bieten wir maßgeschneiderte Instrumente zur Umsetzung gesetzlicher Sorgfaltspflichten, etwa im Rahmen der EU-Entwaldungsverordnung. Dazu gehören Systeme zur Rückverfolgbarkeit, Risikoanalysen, Schulungsprogramme für klimaresiliente Landwirtschaft sowie verlässliches Monitoring. Über 1.400 Trainingsmaßnahmen jährlich unterstützen Produzenten weltweit – mit besonderem Fokus auf Biodiversitätsschutz, Bodengesundheit und Geschlechtergerechtigkeit.

Mit unserem grünen Froschsiegel sind heute weltweit über 42.000 Produkte im Markt vertreten – allein mehr als 13.000 davon in Deutschland. Die Rainforest Alliance steht damit nicht nur für glaubwürdige Nachhaltigkeit, sondern auch für wirtschaftliche Stabilität in Zeiten globaler Herausforderungen. Als praxisorientierter Partner begleiten wir Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf dem Weg zu zukunftsfesten Lieferketten – und setzen dabei auf einen partnerschaftlichen Ansatz der geteilten Verantwortung.